

Engpässe in der Medikamentenversorgung langfristig lösen

Nationale Medikamentenlager sind kritisch zu sehen. Wirkungsvollere Maßnahmen wären eine Preisanpassung an die Inflation sowie eine nachhaltige Standortstrategie.

Wien, 24. Jänner 2024 – „Eine Verpflichtung zur nationalen Bevorratung für pharmazeutische Unternehmen löst die Probleme um die Medikamentenengpässe nur vermeintlich. Nachhaltiger und zielführender wäre es, die Preise bei den Medikamenten unterhalb der Rezeptgebühr an die Inflation anzupassen, damit sie von den Unternehmen auch in der Versorgung gehalten werden können. Speziell vor dem Hintergrund der hohen Inflation und der generellen Kostensteigerungen durch geopolitische Einflüsse. Dieses Problem bleibt im Maßnahmenkatalog von Minister Rauch leider unangetastet“, kommentiert Alexander Herzog, Generalsekretär der PHARMIG, die jüngste Aussendung des Gesundheitsministeriums zur Causa Medikamentenengpässe.

Die Kritik an einer nationalen Bevorratung übte die pharmazeutische Industrie auch stets als Teil der eigens ins Leben gerufenen Task Force zur Lösung der Medikamentenengpässe. Dazu Herzog: „Wir verstehen den Wunsch nach einfachen und schnellen Lösungen. Aber national organisierte Bevorratungslager werden erst recht wieder Probleme in der Versorgung herbeiführen, was auch die Europäische Kommission und die Europäische Medikamentenbehörde EMA so sehen. Umso wichtiger wäre es, hier eine europäische Lösung zu finden.“

Es gelte insgesamt, so Herzog, die Produktion und den Vertrieb von niedrigpreisigen Medikamenten attraktiver zu machen. „In Österreich haben wir beispielsweise die Situation, dass jeden Monat an die 20 Medikamente aus der Versorgung fallen und damit den Patienten nicht mehr zur Verfügung stehen. Daher plädieren wir dringen und mit Nachdruck dafür, die Preise von so wichtigen Medikamenten wie Antibiotika, Schmerzmitteln und vielen mehr nicht mutwillig permanent nach unten zu drücken. Das dünnt den Arzneimittelschatz aus und destabilisiert am Ende des Tages die Medikamentenversorgung“, warnt Herzog.

Zwar können pharmazeutische Unternehmen in Einzelfällen beim Dachverband der Sozialversicherungsträger um eine Preiserhöhung ihres Produktes ansuchen, wenn sich dieses im Erstattungskodex befindet. Allerdings wissen die Unternehmen aus Erfahrung, dass ein solcher Antrag nur selten bewilligt wird und stellen entsprechende Anträge daher auch nur begrenzt. Daher setzt sich die PHARMIG vehement für eine generelle Inflationsanpassung der Medikamente im patentfreien Bereich unterhalb der Rezeptgebühr ein.

Eine weitere wirkungsvolle Maßnahme wäre zudem eine nachhaltige Standortstrategie zur Medikamentenproduktion. „Eine vollintegrierte Herstellung von allen Arzneimitteln von A bis Z in Europa und Österreich ist nicht realistisch. Gewiss aber gibt es bestimmte Bereiche, in denen eine Stärkung der Produktion auch in unseren Breiten vorstellbar wäre, trotz höherer Lohnkosten und Steuern. Doch das ist zugegebenermaßen komplex und verlangt einen langen Atem. Aber der würde sich mit Sicherheit in vielerlei Hinsicht lohnen“, ist Herzog überzeugt.

Rückfragehinweis

PHARMIG – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs

Head of Communications & PR

Peter Richter, BA MA MBA

+43 664 8860 5264

peter.richter@pharmig.at

pharmig.at

Über die PHARMIG: Die PHARMIG ist die freiwillige Interessenvertretung der österreichischen Pharmaindustrie. Derzeit hat der Verband ca. 120 Mitglieder (Stand Jänner 2024), die den Medikamenten-Markt zu gut 95 Prozent abdecken. Die PHARMIG und ihre Mitgliedsfirmen stehen für eine bestmögliche Versorgungssicherheit mit Arzneimitteln im Gesundheitswesen und sichern durch Qualität und Innovation den gesellschaftlichen und medizinischen Fortschritt.